

+++ Presseerklärung von Ende Gelände Hamburg +++

18.09.2019 Wir lassen uns nicht spalten! Verfassungsschutz diskreditiert erneut Ende Gelände

Ende Gelände Hamburg widerspricht entschieden erneuten Behauptungen des Landesamtes für Verfassungsschutz, nach denen es bei den Aktionen von Ende Gelände "nicht um den Klimaschutz", sondern "um den Anschluss linksextremistischer Gruppen an das bürgerliche Spektrum" gehe.

Bereits im April diesen Jahres hatte der Hamburger Verfassungsschutz Ende Gelände unterstellt, "demokratische Initiativen instrumentalisieren, vereinnahmen und steuern" zu wollen. Die wiederholten Vorwürfe des Verfassungsschutzes zu diesem Zeitpunkt - kurz vor der Großdemonstration von Fridays for Future am 20.09.2019 - sehen wir als **Versuch, die wachsende und sich mehr und mehr vernetzende Klimabewegung in "demokratische Initiativen" und "extremistische Gruppen" zu spalten, und das drängende Thema der Klimagerechtigkeit in der öffentlichen Debatte abzuwerten.**

Hunderttausende Menschen sind in den letzten Monaten bundesweit auf die Straße gegangen, um radikale Klimaschutzmaßnahmen und globale Klimagerechtigkeit zu fordern. Dabei wird auf Plakaten und Redebeiträgen der verschiedenen Gruppen deutlich, **dass ein Umsteuern in der Klimapolitik nicht möglich ist, ohne zugleich die kapitalistische Verwertungslogik vom ständigen Wachstum in Frage zu stellen.** Diese Auffassung teilen im Übrigen auch viele Wissenschaftler*innen.

Kern der Botschaft ist nicht nur bei Ende Gelände: Unser Wohlstand und das ständige wirtschaftliche Wachstum basieren auf der Ausbeutung von Natur, Tier und dem Leid anderer, vorwiegend ärmerer Menschen im globalen Süden.

Ende Gelände ist ein bundesweites Aktionsbündnis, das sich mit Aktionen zivilen Ungehorsams für globale Klimagerechtigkeit einsetzt. Im Juni 2019 beteiligten sich über 6.000 Menschen an einer dreitägigen Blockade von RWE-Kohleinfrastruktur im Rheinland, um den sofortigen Kohleausstieg zu fordern.

Genau wie tausende von Schülerinnen und Schülern sowie zahlreiche andere Umweltinitiativen will Ende Gelände nicht länger hilflos zuschauen, wie Politik und Konzerne die Zukunft zerstören. Die Klimakrise ist schon jetzt grausame Realität, und zivilen Ungehorsam betrachten wir als Notbremse und Beitrag zur globalen Klimagerechtigkeit.

Von einer "Steuerung und Vereinnahmung" durch die Interventionistische Linke (IL) zu sprechen, ist absurd und zeugt nur von der mangelhaften Kenntnis der Strukturen von Ende Gelände Hamburg, die sich gerade durch die Vielfalt seiner Teilnehmer*innen und eine basisdemokratische Organisation auszeichnet.

[Im Verfassungsschutzbericht vom April 2019](#) wird der Interventionistischen Linken außerdem eine sogenannte Entgrenzungstrategie unterstellt und Parallelen zu rechtsextremen und islamistischen Gruppen gezogen. **Wir betrachten diese Argumentation als Versuch, unbequeme und widerständige linke Gruppen zu schwächen, indem sie auf eine Ebene mit zum Beispiel Rechtsextremisten gestellt werden.**

Wir werden uns davon nicht aufhalten lassen und uns weiter mit anderen Menschen und Initiativen zusammentun, für die der Klimawandel aktuell zu den dringendsten gesellschaftlichen Problemen gehört und die sich dafür zu Protesten zusammen schließen. Das nächste Mal bei der Aktion "[Sitzenbleiben](#)".

Mail: hamburg.presse@ende-gelaende.org

Facebook: <https://www.facebook.com/endegeelaendehamburg>

Twitter: @Ende_GeländeHH

